

Internationale Zusammenarbeit der Städte, Landkreise und Gemeinden:

Deutsche Kommunen weltweit engagiert

Immer mehr deutsche Städte, Landkreise und Gemeinden engagieren sich weltweit für Klimaschutz, nachhaltige Entwicklung und Entwicklungszusammenarbeit. Der Beitrag der Kommunen wird auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zunehmend anerkannt, gewürdigt und gefördert. Auch die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) unterstützt das Engagement seiner Mitgliedskommunen. So ist der RGRE kürzlich der europäischen Plattform für kommunale Entwicklungszusammenarbeit „Platforma“ beigetreten.

Ein Beitrag von
Sabine Drees

Herausforderungen wie der Klimawandel, die weltweite Armut oder der wachsende Urbanisierungsdruck fordern deutsche Städte, Landkreise und Gemeinden sowie Kommunen weltweit. Fast alle deutschen Kommunen sind heute in internationale Städtetzwerke eingebunden, pflegen Städte- oder Projektpartnerschaften oder sind Mitglied von Weltverbänden. Kommunen werben mit einem internationalen Profil und stärken den eigenen Standort oder sie engagieren sich für Demokratisierungsprozesse in der Welt und machen sich für Menschenrechte, Partizipation und die kommunale Selbstverwaltung stark.

Nachhaltigkeitsagenda der Vereinten Nationen

Auch die [Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung](#) der Vereinten Nationen (UN) mit ihren 17 globalen Nachhaltigkeitszielen stellt einen Handlungsrahmen für deutsche Kommunen dar. Die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) und der Deutsche Städtetag (DST) unterstützen gemeinsam die Entwicklungsziele der UN und schlagen ihren Mitgliedern vor, sich für ausgewählte Ziele der Agenda 2030 auf lokaler Ebene zu engagieren. Die Muster-Resolution [„2030 – Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit](#)



Foto: Sabine Drees

Die deutschen Städte, Landkreise und Gemeinden sind weltweit engagiert und bringen ihre Expertise und Ideen auf internationaler Ebene ein

„auf kommunaler Ebene gestalten“ wurde inzwischen von mehr als 120 Mitgliedskommunen unterzeichnet. Damit haben viele Kommunen ihre Bereitschaft signalisiert, globale Partnerschaften zu vertiefen, sich im Rahmen von Klimapartnerschaften mit Kommunen aus dem Globalen Süden an Maßnahmen zur Bekämpfung der negativen Folgen des Klimawandels zu beteiligen oder einen besseren Zugang zu bezahlbarer nachhaltiger Energie zu schaffen.

Die Neue Urbane Agenda

Die Entwicklungsziele der Agenda 2030 werden auch im Rahmen weiterer internationaler Agenden der UN vertieft. Im Rahmen der Habitat III-Konferenz der Vereinten

Zur Autorin:

Sabine Drees ist Referentin für Auslandsangelegenheiten des Deutschen Städtetages (DST).

Nationen, die nur alle 20 Jahre und zuletzt 2016 in Quito in Ecuador stattfand, wurde die sogenannte **Neue Urbane Agenda (NUA)** verabschiedet. Erstmals wurden Kommunen als Akteure der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 anerkannt und die Folgen der Urbanisierung wurden auf die politische Agenda gesetzt.

Die Zahl der Mega-Cities mit mehr als zehn Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern wird weltweit bereits im Jahr 2030 von heute 28 auf 40 Städte ansteigen. 2050 werden vier von fünf Menschen in Städten und Gemeinden leben. Es sind die Kommunen, die für die Versorgung der Bevölkerung mit Daseinsvorsorge und Dienstleistungen für die wachsende Bevölkerung in der Welt verantwortlich sind. Ständiges Wirtschaftswachstum erfordert finanziell gut ausgestattete und funktionierende Kommunen, sie unterstützende Institutionen und Infrastruktur. Alle Menschen sollten einen gleichberechtigten Zugang haben zu den elementarsten Leistungen der Daseinsvorsorge. Das ist die zentrale Aussage der NUA.

Bisher ist die Wirklichkeit aber noch sehr weit entfernt von der Wunschvorstellung einer „Stadt für Alle“, die den Menschen in aller Welt ein würdiges Leben erlaubt. Viele Probleme können sich durch die Urbanisierung und den drohenden Klimawandel eher verschärfen als ausgleichen. Insbesondere die Metropolen werden wachsen und damit auch der Bedarf an kommunaler Daseinsvorsorge. 62 Prozent der afrikanischen Bevölkerung leben in Slums, davon haben 70 Prozent keinen Zugang zu Strom, Wasser und Hygiene. Hier werden Kommunen besonders gefordert, denn kommunale Entwicklungen haben eine hohe sogenannte Pfadabhängigkeit. Strukturen, die heute gelegt oder nicht gelegt werden, determinieren für Jahrzehnte Resilienz und Stärke von Städten, Kreisen und Gemeinden.

Umgesetzt werden sollen die Beschlüsse von Habitat III im Rahmen der alle zwei Jahre stattfindenden **World Urban Foren**. Das nächste World Urban Forum (WUF 10) findet vom 8. bis 13. Februar 2019 in Abu Dhabi statt – unter der voraussichtlichen Beteiligung der internationalen Städteplattform **„Connective Cities“** sowie der Städte Bonn, Mannheim und Dortmund.

Weltklimakonferenzen

Auch die Ziele der Weltklimakonferenzen sind mit den Kommunen eng verzahnt. Ziel ist die Umsetzung des **Pariser Klimaabkommens** von 2015. Darin haben sich alle Staaten

der Erde dazu verpflichtet, den Anstieg der Erdtemperatur auf deutlich unter zwei Grad zu begrenzen und sich anzustrengen, auch die 1,5-Grad-Grenze nicht zu überschreiten. Ziel zahlreicher Klimanetzwerke von ICLEI über C 40 – ein Netzwerk von klimaengagierten Megastädten – bis zu internationalen Klimaallianzen ist es, die bedeutende Rolle der Kommunen und Regionen zur Erreichung der Klimaziele herauszustellen. Was im Pariser Klimaabkommen allgemein formuliert ist, wollen die Vertragsstaaten nun in konkrete Pläne fassen. Dabei setzt jedes Land seine Klimaziele und Aktionspläne – die sogenannten „Nationally Determined Contributions“ (NDC) – selbst fest.

Aus kommunaler Sicht ist es erforderlich, die kommunalen Beiträge zur Erreichung der Klimaziele, die „Locally Determined Contributions“ (LDC), stärker in das Gesamtkonzept der Klimakonferenzen zu integrieren. Die lokalen Klimaziele sind essenziell, um die Lücke zwischen Notwendigem und Geplantem auf nationaler Ebene zu schließen. NDCs, die nationalen Klimastrategien, kommen nicht ohne LDCs, die städtischen Strategien, aus. Kommunen können insbesondere bei der Dekarbonisierung des Energiesektors, im Verkehrsbereich, durch Planungsverfahren und bei Gebäuden Entscheidungen treffen und Weichen für eine kohlendioxidneutrale Entwicklung stellen.

Weltverband der Kommunen

Die Stimme aller Kommunen in der Welt ist der Weltverband **„United Cities and Local Governments“ (UCLG)**, der zuletzt vom 12. bis 15. November 2019 in Durban in Südafrika tagte. Dort bündelten sich die Interessen der kommunalen Familie aus der ganzen Welt, um sich gegenüber den UN Gehör zu verschaffen. Die Kommunen machen sich weltweit dafür stark, in entsprechende UN-Verhandlungen auf Entscheidungsebene eingebunden zu werden. Denn es reicht nicht aus, Nachhaltigkeits-, Klima- und Urbanisierungsziele auf kommunaler Ebene zu implementieren. Kommunen wollen auch gestalten und mitentscheiden.

Insgesamt haben 3.000 Kommunalvertreterinnen und -vertreter sowie Fachleute aus allen Teilen der Welt an der Konferenz in Durban teilgenommen. Der Weltverband repräsentiert 250.000 Städte, Regionen und Metropolen sowie 175 kommunale und regionale Verbände. Für Deutschland waren Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz aus Mannheim und Bürgermeister Roland Schäfer



Foto: Bernal Revert / BR&U

Damit die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung zum Erfolg wird, müssen die sogenannten Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen auch auf lokaler Ebene umgesetzt werden

aus Bergkamen sowie Christiane Overmans, Stadträtin aus Bonn, für die Beschlussgremien mandatiert. Im Rahmen des Kongresses wurde auch die Führungsspitze von UCLG neu gewählt. Neuer Präsident ist Bürgermeister Mohamed Boudra aus der Stadt Al Hocelma in Marokko, der gleichzeitig auch Präsident des marokkanischen Kommunalverbandes ist.

UCLG bietet auch eine internationale Plattform für kommunale Expertinnen und Experten, um sich über lokale Probleme oder Strategien auszutauschen. Auch die internationale Städteplattform „Connective Cities“ – ein Kooperationsvorhaben des Deutschen Städtetages mit Engagement Global und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) – hat ein Trainingsseminar für die Verbesserung inklusiver kommunaler Leistungen der Daseinsvorsorge angeboten. Mit dabei waren Alexander Mauritz von den Wasserwerken Mannheim zum Thema Abwassermanagement und Mirco Heid von den Stadtwerken Bonn, der Best Practice aus der Bundesstadt zum Thema Elektromobilität vorstellte. Andere Beispiele zum Thema Wasser und Abwasser kamen aus Kenia und Südafrika.

Plattform für kommunale Entwicklungszusammenarbeit

Über die Implementierung von Nachhaltigkeits-, Klima- und Urbanisierungszielen hinaus sind Kommunen auch in der Verantwortung, sich international im Rahmen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit zu engagieren. Wie können Kommunen dabei unterstützt werden? Die europäische Plattform [„Plattform“](#) des europäischen kommunalen Dachverbandes „Council of European Municipalities and Regions“ (CEMR) schafft Rahmenbedingungen und bietet finanzielle Unterstützung für Mitglieder, die sich in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit engagieren.

Plattform ist ein „Wissenshub“ für dezentrale Entwicklungszusammenarbeit und macht das Engagement europäischer Kommunen weltweit sichtbar. Stadtoberrhäupter vertreten Plattform auf Veranstaltungen der UN wie den [„High Level Political Foren“](#) zur Umsetzung der Agenda 2030 in New York, auf den Weltklimagipfeln oder bei den World Urban Foren. Plattform bietet seinen Mitgliedern einen systematischen Erfahrungsaustausch, informiert über alle relevanten EU-Politiken aus diesem Bereich und refinanziert Aktivitäten und Veranstaltungen.

Eine wichtige Aufgabe ist es, die kommunale Entwicklungszusammenarbeit in Europa voranzubringen und Kommunen dabei zu unterstützen, die „Sustainable Development Goals“ umzusetzen. Seit dem 1. März 2019 ist auch die Deutsche Sektion des RGRE Mitglied des europäischen Zusammenschlusses für kommunale Entwicklungszusammenarbeit. Insgesamt sind 31 europäische Verbände, Regionen und Kommunen Plattform beigetreten, davon 26 als strategische Partner wie der RGRE.

Bedingungen für kommunale Entwicklungszusammenarbeit

Die kommunale Entwicklungszusammenarbeit hat in den letzten Jahren viel Anerkennung erfahren und in deutschen Kommunen ein hohes Engagement ausgelöst. Dennoch steht die kommunale Entwicklungspolitik als freiwillige Aufgabe insbesondere in finanzschwachen Kommunen auf dem Prüfstand und bedarf geeigneter finanzieller und rechtssicherer Rahmenbedingungen.



Foto: Sabine Drees

Die deutsche Delegation wurde beim Kongress des Weltverbandes „United Cities and Local Governments“ (UCLG) im November 2019 in Durban von der Bonner Stadträtin Christiane Overmans (3. v. links), dem Mannheimer Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz (3. v. rechts) und dem Bergkamener Bürgermeister Roland Schäfer (2. v. rechts) angeführt

Die Kommunen begrüßen den [Beschluss der Innenministerkonferenz \(IMK\)](#) vom 12. Juni 2019, der die kommunale Entwicklungszusammenarbeit ausdrücklich befürwortet. Kommunale Expertise sollte darüber hinaus stärker und systematischer in kommunalrelevante Vorhaben der Bundesregierung und ihrer Durchführungsorganisationen eingeflochten werden. Hierzu zählen in besonderem Maße bi- und multilaterale Urbanisierungspartnerschaften der Bundesregierung.

Weiter erwarten die Kommunen, in ausgewählte Ländergespräche zur Vorbereitung von Regierungsverhandlungen eingebunden zu werden. Insbesondere im Hinblick auf die Weltklimakonferenzen (COPs) und ihrer Folgekonferenzen erwartet der Deutsche Städtetag eine Einbindung der Kommunen in die jeweiligen Regierungsdelegationen.

Finanzierungsinstrumente und Beratungsangebote

Finanzierungsinstrumente und Beratungsangebote der internationalen Städteplattform „Connective Cities“ oder der [Servicestelle Kommunen in der Einen Welt \(SKEW\)](#) von Engagement Global schaffen die erforderlichen Rahmenbedingungen für kommunales Engagement in der Einen Welt. Viele Lösungsansätze zur nachhaltigen Stadtentwicklung – etwa zur Energieeffizienz, Mobilität oder zum Flächenmanagement – haben innovativen Charakter, sind jedoch international nicht genügend bekannt. Oft fehlt ein systematischer Zugang zu diesen praxisorientierten Lösungen.

Vor diesem Hintergrund fördert die Städteplattform „Connective Cities“ den kommunalen Fachaustausch zur nachhaltigen Stadtentwicklung und vermittelt Angebot und Nachfrage zwischen kommunalen Fachleuten. Die SKEW fördert Kommunen mit insgesamt 27 Millionen Euro. Sie steht deutschen Kommunen als Kompetenzzentrum in allen Fragen kommunaler Entwicklungspolitik zur Seite. Sie unterstützt Akteure aus Kommunalverwaltungen und -politik in ihrem entwicklungsbezogenen Engagement durch Finanzierung, Qualifizierungs-, Informations- und Beratungsangebote.

Rund 930 deutsche Kommunen sind nach Angaben des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) bereits in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit aktiv. Damit ist Bundesminister Dr. Gerd Müller von seinem erklärten Ziel, insgesamt 1.000 Kommunen für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit zu gewinnen, nicht mehr weit entfernt.

Internationale Zusammenarbeit vor Ort

Internationaler Austausch und kommunale Entwicklungszusammenarbeit finden auch vor Ort statt. Kommunen binden migrantische Organisationen in ihre internationale Arbeit ein, engagieren sich für den Fairen Handel und arbeiten mit der Zivilgesellschaft zusammen, um der Bevölkerung globale Zusammenhänge nahezubringen und das entwicklungspolitische Bewusstsein zu schärfen. Städte wie Nürnberg und Köln profilieren sich als Menschenrechtsstädte. So macht sich die Stadt Köln im Rahmen des neuen Konzeptes „Shelter City“ derzeit dafür stark, Menschenrechtsverteidigern Zufluchtsstätten anzubieten.

Zählt man engagierte Kommunen mit, deren Engagement nicht von der SKEW geför-

dert wird, ist das Ziel von Minister Dr. Müller, 1.000 Kommunen zu erreichen, schon übertroffen. Allein die Gemeinschaftsinitiative der kommunalen Spitzenverbände [„1000 Schulen für unsere Welt“](#) hat knapp 100 Projekte unter ihrem Dach vereinigt (siehe auch Beitrag auf Seite 21). Die kommunale Initiative versteht sich als Ergänzung zur staatlichen Entwicklungszusammenarbeit. Kommunen tragen dazu bei, dass Spenden auf direktem Wege dorthin gelangen, wo sie am nötigsten gebraucht werden. So ist es ein Problem der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit, dass finanzielle Unterstützungen der Staaten nicht dort ankommen, wo sie ankommen sollten, nämlich bei den Kommunen und ihrer Bevölkerung. ■

Infos

Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung:

<https://www.un.org/Depts/german/gv-70/band1/ar70001.pdf>

Muster-Resolution „2030 – Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“:

https://www.rgre.de/fileadmin/user_upload/pdf/kez/beschluesse/2030-Agenda_Erklaerung_de.pdf

Neue Urbane Agenda:

<http://habitat3.org/wp-content/uploads/NUA-German.pdf>

World Urban Forum:

<https://wuf.unhabitat.org/>

Internationale Städteplattform „Connective Cities“:

<https://www.connective-cities.net/>

Pariser Klimaabkommen:

https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/paris_abkommen_bf.pdf

Weltverband „United Cities and Local Governments“:

<https://www.uclg.org/>

Europäische Plattform „Platforma“:

<http://platforma-dev.eu/>

High Level Political Foren:

<https://sustainabledevelopment.un.org/hlpf>

Beschluss der Innenministerkonferenz vom 12. Juni 2019 zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit (TOP 60):

https://www.innenministerkonferenz.de/IMK/DE/termine/to-beschluesse/20190614_12/beschluesse.pdf?__blob=publicationFile&v=2

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt:

<https://skew.engagement-global.de/>

Gemeinschaftsinitiative „1000 Schulen für unsere Welt“:

<https://www.1000schulenfuerunserewelt.de/>